

digkeit der Landesverteidigung und des zuverlässigen Schutzes der Arbeiter-und-Bauern-Macht - wird eine kurze Einstimmung für die folgende Diskussion gegeben. Dabei geht es besonders um die Feststellung, daß der Weltfrieden seit Ende des zweiten Weltkrieges noch nie so stark bedroht war wie gegenwärtig.

Welche Detailfragen werden daraus abgeleitet? Eine erste lautet: Wer schützt den Frieden? Und eine zweite: Warum gibt es im Sozialismus keinen Drang nach Expansion, Unterwerfung und Ausplünderung anderer Völker?

Das Wesen der Antwort kann nur von folgenden Gedanken bestimmt werden: Im Sozialismus gibt es keine Rüstungsprofiteure, keine Klasse, keine soziale Schicht oder Berufsgruppe, die am Krieg oder an der Kriegsvorbereitung interessiert wäre und sich daran bereichern könnte. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sind der Grund, warum im Sozialismus die Wurzel der Kriege ausgerottet ist. Die auf das Wohl des Volkes gerichtete Politik kann nur im Frieden Früchte tragen.

Das Hinarbeiten auf einen Krieg stellt, wie Karl Marx in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ (S.47) sichtbar macht, unmittelbar dasselbe dar, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser wüf.

Hier bietet sich als logische Konsequenz die Feststellung an: So gerne der Sozialismus dereinst seine Waffen verschrotten wird - noch brauchen die Länder des Sozialismus, braucht der Frieden „unsere Pflugschare und unsere Schwerter“. Die Genossen des Seminars finden dazu in der Rede des Armeegeneral Genossen H. Hoffmann in der Volkskammer zur Begründung des Wehrdienstgesetzes (ND vom 26. 3.1982) weitere Argumente. Wie ernst es dem Sozialismus mit dem Kampf

um die Sicherung des Friedens ist, läßt sich im Seminar, beginnend mit dem Dekret über den Frieden über die Friedensprogramme der Parteitage der KPdSU bis hin zur jüngsten Friedensinitiative, beweisen. Detaillierte Fakten dazu sind in „Neuer Weg“ Heft 8/1982 auf den Seiten 318 und 319 enthalten.

Im Seminar ist es notwendig, über eine weitere, eine dritte Frage zu diskutieren. Wer bedroht den Frieden?

Der Imperialismus, so wird auf gezeigt, weicht den Friedensinitiativen des Sozialismus nicht einfach aus, sondern verdreht sie, verleugnet sie, begegnet ihnen mit haßerfüllten, feindseligen ideologischen Attacken. Immer stärker setzt er die Jahrhundertlüge von der Bedrohung aus dem Osten ein. Er geht an der Schwelle der 80er Jahre zur Politik der Konfrontation über.

### Aggression erwächst aus dem Monopol

Der Drang nach Rüstung, nach Expansion, nach Aggression ist dem Imperialismus wesenseigen. Er entsteht unter der Herrschaft der Monopole. Auf dem X. Parteitag sagte Genosse Honecker, „daß der Drang nach Profit und nicht die Liebe zu den Menschen das Lebenselement, die Wurzel imperialistischer Denk- und Verhaltensweise ist“. Die Seminarteilnehmer können auch hierzu wieder „Neuer Weg“ Nr. 8/1982, S.313, in die Hand nehmen.

Das Seminar zur gesamten Problematik muß zur Einsicht führen: Noch besser, klüger und verantwortungsbewußter arbeiten, das heißt auch für die Werktätigen unseres Betriebes, einen noch entscheidenderen Beitrag zum Schutz des ersten Menschenrechts, des Rechts, im Frieden leben zu können, zu leisten.

Walter Köster

Propagandist in der BPO Zentralwerkstatt Gräfenhainichen

### Leserbriefe

fließen mehr in Entscheidungsfindungen ein, und sehr oft wurde die aktive Mithilfe der Bürger gewonnen. Es ist heute keine Seltenheit, wenn in Briefen bei der Darstellung eines persönlichen Problems tim ein Familiengespräch gebeten wird. Aber die erhöhten Anforderungen der 80er Jahre verlangten auch von uns die Weiterentwicklung unserer Methoden. Sie erfordern auch in der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit einen noch engeren Kontakt zu den Betrieben unseres Territoriums. Viele Familiengespräche zeigten uns, daß es bei der Klärung von Problemen keine starre Grenze

zwischen Betrieb und Stadt gibt. Darum begannen wir in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres mit den kombinierten Familiengesprächen. Wir verstehen darunter, daß ein Abgeordneter oder Mitarbeiter des staatlichen Organs und ein Vertreter des Arbeitskollektivs oder der Gewerkschaftsleitung des Betriebes gemeinsam die Familie aufsuchen.

Die ersten Ergebnisse sind sehr aufschlußreich. Es gelingt uns damit immer besser, die enge Zusammenarbeit zwischen Volksvertretung und Betrieb auch in der politischen Arbeit zu dokumentie-

ren. Den Gesprächen wird mehr Sachkenntnis verliehen. Es besteht dadurch auch die Möglichkeit, den betreffenden Kollegen in seinem unmittelbaren Lebensbereich, in seiner Familie und in der Wohngemeinschaft kennenzulernen. In einigen Fällen konnte zur Lösung von Problemen sofort betriebliche Unterstützung erreicht werden. Familiengespräche dieser Art haben sich als eine sehr effektive Form der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit erwiesen.

Monika Werner  
Bürgermeisterin von Hennigsdorf